



Interviews

Datum: 31. März 2023

Michael Kretschmer im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist Michael Kretschmer von der CDU. Er ist der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. – Guten Morgen, Herr Kretschmer!

Michael Kretschmer: Guten Morgen!

Engels: Sie haben gerade die Stimme aus der SPD gehört, der Bund zahle ja schon Milliarden bei der Unterbringung, die Länder müssten das Geld zeitnah an die Kommunen weiterleiten. Ziehen Sie sich das an?

Kretschmer: Na ja, was soll man tun als Betroffener, als Bürgermeister, als Landrat, als Ministerpräsident, als in einer ruhigen und sachlichen Art die Situation zu beschreiben, auch Lösungsvorschläge zu machen. Und wenn die dann nicht aufgegriffen werden, sondern - wie durch diese Statements zu hören - ja ignoriert werden, das ist ganz, ganz schlecht. Wir sind seit einem halben Jahr in einem ganz persönlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler, sagen ihm immer wieder, wir müssen hier zu Lösungen kommen. Es geht gar nicht zuerst ums Geld, das ist auch eine Frage, aber es geht vor allen Dingen um diese physische Leistungsfähigkeit: Über die Frage, wo die Menschen untergebracht werden. Sie haben ja die Zahl gesagt: Wir sind deutlich über den Schutzsuchenden der Jahre _15 und _16 und wir wissen, dass das sehr, sehr viele Menschen aus der Ukraine sind, bei denen es auch überhaupt keine Diskussion gibt, dass sie aufgenommen werden. Aber auch diese Menschen haben Bedarfe von Integrationsleistungen, von Wohnungen - ganz praktische Dinge -, und das funktioniert nicht mehr. Deswegen muss jetzt dringend gegengesteuert werden. Gestern Abend haben die Bürgermeister und Landräte aus Deutschland wirklich parteiübergreifend in einer großen Ruhe gesagt, was sie jetzt erwarten, und das ist ein Pflichtenheft. Das muss abgearbeitet werden und

da kann man auch nicht bis zum 10. Mai warten. Das muss jetzt zügig, zeitnah passieren.

Engels: Wenn Sie sagen, Geld ist ein Thema, aber nicht allein, welches ist für Sie in Sachsen das brennendste Thema, wo Sie sich Hilfe vom Bund versprechen?

Kretschmer: Es ist so, dass in Größenordnungen – das ist ja **gestern** deutlich geworden – Zeltstädte aufgebaut werden, Turnhallen akquiriert werden. Es war die Rede davon, dass manche überlegen, Tiefgaragen zu nutzen. Wir wissen, dass es manchmal ein halbes bis ein Jahr dauert, bis ein Integrationskurs stattfinden kann. Wir sehen die Situation in Schulen und Kindergärten. Deswegen ist das erste: Das, was wir jetzt kurzfristig tun können, um den Zuzug nach Deutschland zu begrenzen, muss passieren. Das erste sind die freiwilligen Aufnahmeprogramme. Man muss sich mal vorstellen: Weder die Länder, noch die Kommunen haben irgendeine Möglichkeit des Steuerns. Sie bekommen eine Aufgabe und müssen dann damit umgehen, aber haben keine Möglichkeit zu gestalten. Dass jetzt die Außenministerin durch die Gegend fliegt und in dieser schwierigen Situation ein freiwilliges Aufnahmeprogramm nach dem anderen macht, das geht nicht. Hier ganz klar: Wenn es Kommunen, wenn es Landkreise gibt, wenn es Bundesländer gibt, die zusätzlich zu der jetzigen Situation auch noch Menschen aufnehmen können und wollen, dann bitteschön, aber das geht in Zukunft nur noch im Einvernehmen mit der kommunalen Familie. Das ist der erste Punkt.

Der zweite ist: Natürlich muss Deutschland seine isolierte Haltung in der Europäischen Union jetzt aufgeben. Wir brauchen eine Grenzsicherung, vor allen Dingen Bulgarien, Türkei. Dort muss es eine vernünftige Grenzsicherung geben.

Dann werden wir sprechen müssen über Standards. Das war auch ein, wie ich finde, bedrückendes Bekenntnis der Bürgermeister und Landräte, dass an vielen Stellen die Standards so hoch sind, dass sie nicht zu halten sind, was die Frage von Fachkräften angeht, die für die Betreuung zum Beispiel unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge eingesetzt werden müssen. Die

werden in der Praxis gerissen. Es gibt diese Leute nicht. Aber die rechtlichen Folgen, wenn da irgendwas schiefgeht, das tragen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern, in den Sozialämtern. Das geht nicht! Da muss die Politik jetzt den Rücken stärken diesen Leuten, indem sie diese Standards runtersetzt. – Das sind ganz konkrete Dinge, die in der Praxis eine enorme Auswirkung haben.

Engels: Sie haben Beispiele erwähnt, in denen kommunale Vertreter beklagen, dass sie von den Aufnahmekapazitäten am Limit sind, Turnhallen, möglicherweise auch andere Orte genutzt werden müssen. Wie stark sind denn die Aufnahmeeinrichtungen für Migrantinnen und Migranten in Sachsen derzeit ausgelastet?

Kretschmer: Das ist zumindest in Deutschland überall gleich. Und noch einmal: Menschen, die jetzt aus dem Krieg flüchten, die müssen aufgenommen werden. Und wenn es dann ein Zelt ist, dann ist es ein Zelt. Aber man muss schauen, ob in dieser Zeit noch zusätzliche Aufnahmekapazitäten, Aufnahmeprogramme gemacht werden. Das muss ja alles auch mit Sinn und Verstand einhergehen. Wenn wir über ein halbes Jahr oder ein Jahr warten müssen, bis ein Integrationskurs beginnt, dann merkt man doch, es haut nicht mehr hin, weil die Menschen müssen ja hier ankommen. Sie müssen in der Gesellschaft auch integriert werden können, und das mit Ruhe.

Man darf über das Thema Wohnen so nicht rübergehen. Das ist eine große Frage, die auch entscheidet, ob Integration in unser Land gelingt. Ich würde auch sagen, es braucht eine Kaskade, was ist jetzt kurzfristig zu tun, was ist langfristig und mittelfristig richtig, und zu diesen mittelfristigen Maßnahmen gehört auch Rückführungsabkommen. Auch das kann nur der Bund klären. Wenn Sie diese absolut geringe Zahl sehen und Quote sehen von Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben und dann wirklich wieder zurück in ihre Heimatländer gehen, das kann so nicht bleiben. Das ist auch ein ganz zwingendes Thema.

Engels: Integration und die dahinterliegenden Leistungen, die man auch benötigt, das ist soweit angekommen. Ich komme auf das Thema Aufnahmeeinrichtungen auch deshalb zu sprechen, weil der Mediendienst Integration für Ende Februar berichtete, in Sachsen seien diese Aufnahmekapazitäten erst zu 50 Prozent ausgelastet. Ist das so und ist Sachsen trotzdem am Limit?

Kretschmer: Sachsen ist ein Land, was durch die Grenzlage eine Sonder-situation hat, auch wie Bayern beispielsweise. Bei uns kommen die Flüchtlinge zu einem großen Teil zuerst in Deutschland an und deswegen gibt es höhere Aufnahmekapazitäten des Landes, die wir auch geschaffen haben. Wir haben auch gelernt aus 2015. Aber nach der ersten Aufnahme müssen diese Menschen verteilt werden auf die kommunale Ebene und auch auf andere Bundesländer, und dort tritt dann genau dieses Problem auf: Es gibt die räumlichen Kapazitäten nicht, Wohnungen sind nicht mehr vorhanden und auch die Menschen – wir haben ja wirklich ein Fachkräfteproblem in Deutschland -, die dann Integration ermöglichen können, die fehlen.

Engels: Die fehlen. Aber von der puren Aufnahme ist Sachsen noch nicht am Limit? Das habe ich richtig verstanden?

Kretschmer: Für die akute Aufnahme für die ersten ein, zwei Monate ist das nicht das Problem. Das sind auch keine Standards, die wir uns miteinander wünschen. Aber wenn heute 200 oder 300 Menschen kommen, werden wir sie aufnehmen können. Nur es geht ja immer darum, dass sie nicht in einem Lager, einem Erstaufnahmelager bleiben, sondern dass sie in Wohnungen in den Kommunen dezentral untergebracht werden, und das funktioniert nirgendwo in Deutschland, leider auch bei uns nicht mehr, und das ist ja auch irgendwie klar. Über eine Million Menschen – ist das das, was wir als Standard für uns haben? Müssen wir nicht wirklich auch hier sehen, dass wir eine Fachkräftezuwanderung machen? Wenn wir uns an dieser Stelle über unsere Maßen engagieren, fehlt dann nicht die Kraft,

an dieser anderen Stelle zum Beispiel sich darum zu kümmern, dass Menschen, die wir brauchen, um auch in Zukunft wirtschaftlich voranzukommen, die aber auch integriert werden müssen, die auch Herausforderungen haben, dass wir diese Aufgabe dann nicht in der gleichen Qualität machen können.

Engels: Das ist angekommen, dass die Integrationsqualität auch eine wichtige Rolle spiele. – Sie haben jetzt auch gerade wieder gefordert, dass die Bundesregierung Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge stoppt. Das sind unter anderem auch Programme, die gemeinsam mit den Vereinten Nationen schon seit Jahren betrieben werden. Das sind pro Jahr keine so hohen Zahlen und es sind stark bedrohte Menschen. Was versprechen Sie sich zahlenmäßig von einem solchen Stopp, außer möglicherweise Applaus von sehr konservativen Kräften?

Kretschmer: Wir können miteinander so umgehen. Das ist ja auch **die** Wortmeldung des Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Aber wir haben als Ministerpräsidenten in großer Ruhe und auch über alle Parteigrenzen hinweg in diesem Monat einen Beschluss gefasst, das ist kein Thema von Parteipolitik. Deswegen haben gestern auch die Bürgermeister gesprochen und die Landräte, auch aus ganz Deutschland und über alle Parteigrenzen hinweg, und ich finde, man muss das ernstnehmen. Das ist die Stimme derer, die jeden Tag damit zu tun haben, und ich würde raten, handeln wir jetzt. Dieses Land ist unglaublich solidarisch, die Menschen sind großartig, aber es muss alles in einem Rahmen bleiben. Joachim Gauck hat auch wieder an dieser Stelle recht: Unser Herz ist groß, unsere Möglichkeiten sind begrenzt, und bei 1,1 Millionen Menschen ist das auch irgendwo klar. Das ist doch überhaupt keine Frage. Wir leisten so viel und wir werden auch aus meiner Sicht ja nicht alles auf einmal von heute auf morgen klären können. Es ist vollkommen klar, wenn wir heute uns entscheiden, dass wir da auch in Europa anders auftreten, und es wird Wochen und Monate dauern, bevor wir eine Veränderung sehen. Deswegen geht es jetzt darum, was können wir tun, was haben wir unmittelbar selbst in der Hand. Das müssen wir machen und die große Linie nicht aus dem Auge verlieren. Das ist das, was die Menschen vor Ort einfordern.

Engels: Auf der anderen Seite - Sie mahnen einen sehr konstruktiven Gesprächsstil an – hören wir auch wieder Stimmen, die etwas schriller klingen, vom bayerischen Innenminister Herrmann von Ihrer Schwesterpartei, der CSU, der die Kappung von Sozialleistungen für Asylbewerber fordert. Diese Leistungshöhe ist ja schon mehrfach gerichtlich geprüft und für rechtens befunden worden. Sind solche Forderungen in diesem Kontext dann wirklich noch zielführend oder populistisch?

Kretschmer: Sie sind richtig, weil wir sehen, dass die Bundesrepublik Deutschland das Land ist mit den höchsten Leistungen für Menschen, die Schutz suchen. In dieser Zeit muss auch darüber gesprochen werden, ob das nicht auch ein Faktor ist, an dem wir ansetzen müssen, um überhaupt eine gerechte Verteilung, eine faire Verteilung in Europa überhaupt zu ermöglichen. Es steht auf einer Liste mit ganz vielen Punkten. Es ist nicht der erste. Aber warum wird so eine Aussage diskreditiert? Warum gehört sie nicht einfach mit auf den Tisch und man redet auch über so was in Ruhe?

Engels: Dann ist diese Forderung auch auf dem Tisch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.